

II-530 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
X.Gesetzgebungsperiode

15.12.1964

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Präsidenten des Nationalrates

auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. v a n T o n g e l und Genossen,  
betreffend die vom Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Percević  
in der Fragestunde des Nationalrates am 10. Dezember 1964 gegebenen  
Antworten.

-.--.

Die gemäss § 69 des Geschäftsordnungsgesetzes des Nationalrates,  
BGBl.Nr.178/1961, an mich gerichtete Anfrage vom 14. Dezember 1964, in  
II-529 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates,  
X.GP., betreffend vom Bundesminister für Unterricht Dr. Piffl-Percević  
in der Fragestunde des Nationalrates vom 10. Dezember 1964 gegebene  
Antworten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Gemäss Art. 52 B.-VG. ist der Nationalrat befugt, die Mitglieder  
der Bundesregierung über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen  
und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Jedes Mitglied des National-  
rates ist weiters befugt, in den Sitzungen des Nationalrates kurze münd-  
liche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung zu richten.

Das die nähere Regelung des Fragerechts normierende Geschäftsordnungs-  
gesetz des Nationalrates trifft die Anordnung, dass schriftliche Anfragen  
innerhalb von zwei Monaten mündlich oder schriftlich zu beantworten sind  
oder die Nichtbeantwortung schriftlich zu begründen ist, sowie dass münd-  
liche Anfragen grundsätzlich in der gleichen Sitzung, in der sie aufgerufen  
werden, zu beantworten oder die Gründe für die Ablehnung der Beantwortung  
bekanntzugeben sind.

Darüber hinaus gibt das Geschäftsordnungsgesetz in seinem § 72 den  
Abgeordneten die Möglichkeit zur Besprechung einer schriftlichen Anfrage-  
beantwortung oder der schriftlichen Begründung der Nichtbeantwortung. Bei  
einer solchen Besprechung über die Beantwortung einer Anfrage oder über  
die schriftliche Begründung der Nichtbeantwortung kann der Antrag gestellt  
werden, der Nationalrat nehme die Beantwortung oder die Begründung der  
Nichtbeantwortung zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis.

Über die bereits aufgezählten Formvorschriften hinaus schreibt das  
Geschäftsordnungsgesetz den Regierungsmitgliedern jedoch nicht vor,  
in welcher Art und Weise sie eine Anfrage zu beantworten haben, und

II-530

- 2 -

normiert selbst für die nichtbegründete Verweigerung einer Antwort keine ausdrückliche Sanktion. Eine solche könnte, sofern die Voraussetzungen dafür als gegeben erachtet werden, nur in der politischen Verantwortlichkeit der Mitglieder der Bundesregierung gegenüber dem Nationalrat gemäss Art. 74 B.-VG. erblickt werden.

Wie die bestehende Gesetzeslage zeigt, gibt mir weder das Bundes-Verfassungsgesetz noch das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates das Recht, diesbezüglich Anordnungen zu treffen. Es bestehen daher rechtens nur die im vorstehenden bereits ausgeführten Möglichkeiten.

- . - . - . -